

## Offener Brief der Kläger:innen der Klima-Verfassungsbeschwerde



Sehr geehrter Olaf Scholz,  
sehr geehrte Annalena Baerbock,  
sehr geehrter Christian Lindner,

das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Frühjahr unter anderem über unsere Verfassungsbeschwerde entschieden und diese in weiten Teilen akzeptiert. Das Gericht hat einen epochalen und politisch folgenreichen Beschluss erlassen: Klimaneutralität bekommt Verfassungsrang, rechtzeitiger Klimaschutz gehört zum Grundrechtsschutz und es gibt ein Recht auf Zukunft.

### **Für das Recht auf Zukunft – Klimaschutz ist Freiheitsschutz!**

Ein reformiertes Klimaschutzgesetz liegt zwar nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vor. Das ist ein wichtiger Schritt, aber noch nicht genug. Es müssen jetzt weit wirksamere Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden, um Emissionen zu senken und um das Pariser 1,5 Grad Limit zu erreichen.

Wir fordern die neue Bundesregierung zum Handeln auf!

- Der **Kohleausstieg muss bis spätestens 2030** und der **Ausstieg aus Öl- und Gas muss in den 2030er Jahren** abgeschlossen werden. Der **Ausbau Erneuerbarer Energien** muss drastisch beschleunigt werden.
- Das **1,5 Grad-Limit darf nicht nur beschworen werden**. Es muss transparent geplant und verlässlich umgesetzt werden. Das **1,5 Grad-Limit** muss der Orientierungspunkt der deutschen und europäischen Politik sein.
- Es braucht **massive öffentliche Investitionen** für den Klimaschutz. Jede weitere Tonne CO<sub>2</sub> ist eine ökologische und am Ende auch finanzielle Schuldenaufnahme. Investitionen für die notwendige Transformation sind im Sinne der Schuldenbremse.
- Das Einhalten der Ziele **des Klimaschutzgesetzes muss in allen Sektoren gesichert werden**, etwa durch ein neues Klimaschutzministerium mit einem starken Mandat.

Klimaschutz darf nicht länger in die Zukunft und damit zu Lasten der Grund- und Freiheitsrechte unserer Generation hinausgezögert werden. Zivilgesellschaft und Gerichte erhöhen den Handlungsdruck auf die Politik - und dieser ist unbedingt notwendig angesichts der voranschreitenden Klimakrise.

Die nächste Bundesregierung ist die letzte, die noch rechtzeitig entschiedene Maßnahmen einleiten kann. Die Klimakrise ist spürbar für immer mehr Menschen, ganz besonders im Globalen Süden, aber auch bei uns. Wir fordern jetzt entschiedenes und ernsthaftes Handeln: Für das Recht auf Zukunft!

Mit freundlichen Grüßen,

Luisa Neubauer



Franziska Blohm



Lüke Recktenwald

